

PERSPEKTIVE

Zeitung für Solidarität und Widerstand

Monatlich gedruckt
& täglich unter:
perspektive-online.net



Verschärfung Versammlungsgesetz in Sachsen

Das neue sächsische Versammlungsgesetz setzt die allgemeine Tendenz der Grundrechtseinschränkungen fort. Das Bündnis #NoVersgSAX organisiert Proteste gegen das neue Gesetz und will seine Verabschiebung und Einführung verhindern. > Seite 3

Schleichender Stellenabbau in vielen Branchen

Deutsche Unternehmen bauen tausende Arbeitsplätze ab. Die Reaktionen darauf fallen betont ruhig aus. Das liegt auch an den konkreten Bedingungen in Deutschland: Insbesondere der zeitlichen Verzögerung der Entlassungen und der Sozialpartnerschaft. > Seite 6

Protestcamps gegen den Krieg in Palästina

Eine neue Welle von Studierendenprotesten in Solidarität mit dem palästinensischen Befreiungskampf rollt durch deutsche und internationale Universitäten. Studierende und Lehrende stellen sich damit der herrschenden Hetze entgegen und riskieren viel. > Seite 7

EM 2024: Kommerz und Massenüberwachung

Am 14.06.2024 rollt das erste Mal der Ball bei der Fußball-Europameisterschaft 2024 in Deutschland. Wenn die DFB-Auswahl gegen Schottland beim Eröffnungsspiel in München antreten wird, sollen für einen Monat alle Krisen und Sorgen in Vergessenheit geraten. > Seite 8

Zahlreiche Gruppen rufen zum Protest gegen den AfD- Parteitag Ende Juni in Essen auf. Warum das richtig ist und sich der Faschismus nicht an der Wahlurne bekämpfen lässt. - Eine Einordnung von Alex Lehmann.

Die faschistische AfD arbeitet eifrig auf ihren nächsten Bundesparteitag hin. Vom 28. bis zum 30. Juni sollen sich in der Essener Grugahalle bis zu 600 Delegierte zusammenfinden, um über den weiteren Weg der Partei zu entscheiden.

Aktuell ist die Partei wieder einmal in aller Munde: Nachdem die auf dem „Potsdamer Geheimgespräch“ geschmiedeten Deportationspläne der Faschist:innen öffentlich geworden waren und Forderungen nach einem Verbot der Partei laut wurden, sehen sich einzelne Mitglieder jetzt mit dem Vorwurf des Landesverrats konfrontiert.

Dazu kommen die Einstufung der Partei als rechtsextremer Verdachtsfall durch den Verfassungsschutz, die Verurteilung des Flügel-Führers Höcke wegen der Verwendung einer SA-Parole und die Massenproteste gegen die AfD in den letzten Monaten.

Unter dem Motto „AfD Parteitag verhindern“, hat sich ein Bündnis gegen den anstehenden Parteitag in Essen formiert. Ziel ist es nicht nur, die Faschist:innen auf ihrem Parteitag zu stören, sondern ihn durch vielfältige Protestformen zu verhindern. Mehrere zehntausend Menschen werden zu den Protesten gegen die AfD erwartet.

AfD: Partei fürs Kapital

Dass es richtig ist, gegen die AfD auf die Straße zu gehen, wird auch klar, wenn man betrachtet, für wen sie eigentlich Politik machen will: Für die Kapitalist:innen. Sie bietet für uns Arbeiter:innen keine Alternative zum Kapitalismus.

Schauen wir dafür einmal konkret in die Pläne der AfD: Wie würde sich zum Beispiel die Steuerbelastung für unterschiedliche Einkommensklassen ändern, wenn es nach der AfD

gehen würde? Berechnungen des Leibniz-Zentrums für europäische Wirtschaftsforschung Mannheim (ZEW) geben Antwort auf die Frage.

Wer ein Jahreseinkommen von bis zu 55.000 Euro hat, hätte maximal 0,84 Prozent mehr Geld zur Verfügung als bisher. Bei einem Jahreseinkommen zwischen 150.000 und 250.000 Euro wären es dagegen schon satte 7,52 Prozent. Die Steuerpolitik der AfD würde also vor allem denen nützen, die ohnehin schon viel Geld haben.

Außerdem unterstützt die AfD auch die massive Aufrüstung Deutschlands und die deutsche Kriegsindustrie. Sie inszeniert sich zwar im Kontext des Ukraine-Kriegs als Friedenspartei, allerdings beweist ihr politisches Programm das Gegenteil: Die AfD setzt sich stark dafür ein, dass „neue wehrtechnische Programme initiiert werden“. Zusätzlich fordert sie die Wiedereinführung der Wehrpflicht.

30 Jahre Abschaffung des §175 StGB



In diesem Jahr jährt sich die Abschaffung des „Schwulenparagrafen“ §175 StGB zum 30. Mal, unter dem homosexuelle Handlungen zwischen Männern unter Strafe standen. Dieser Meilenstein wurde uns nicht geschenkt, sondern von der Schwulen- und Arbeiter:innenbewegung erkämpft. Daher müssen wir am Stonewall-Jahrestag auf die Straße gehen und den Kampf für die Freiheit aller LGBTI+ Personen weiter führen. > Seite 4-5

Sowohl die massive Aufrüstung als auch die Wiedereinführung der Wehrpflicht sind klare Anzeichen dafür, dass die AfD bei der Frage, ob man für den Frieden kämpft oder imperialistische Kriege unterstützt, wieder einmal im Sinne der Kapitalist:innen agiert.

AfD spaltet unsere Klasse!

Am meisten profitieren die Herrschenden aber aktuell von der Hetze und Spaltung, die die AfD in die Arbeiter:innenklasse trägt. Sie verschleiert den Gegensatz zwischen ihnen und den Arbeiter:innen, den Ausgebeuteten und Unterdrückten. An die Stelle des Klassenkampfes, also dem Kampf zwischen Kapitalist:innen und Arbeiter:innen, will sie einen „solidarischen Patriotismus“ setzen. Die Grenze verläuft nach ihrem faschistischen Weltbild nicht zwischen Arm und Reich, sondern zwischen dem „deutschen Volk“ und allen anderen.

Ein Beispiel dafür ist ihre Politik zur Arbeitslosigkeit und zum Bürgergeld. Der Grundgedanke: Wer zu lang und ohne „guten Grund“ arbeitslos ist, soll hart sanktioniert und so mit Zwangsmitteln auf den Arbeitsmarkt getrieben werden.

Wer es nicht schafft, sich innerhalb von sechs Monaten in den Arbeitsmarkt zu integrieren, soll zu 15 Stunden „Bürgerarbeit“ in der Woche verpflichtet werden. Dazu soll eine ganze Palette an Sanktionsmöglichkeiten kommen. Unter anderem soll auch geprüft werden, ob es möglich ist, Menschen, die länger ohne Arbeit bleiben, ihre PKWs oder andere Kraftfahrzeuge zu entziehen.

Die AfD will also hart gegen Arbeitslose vorgehen, um so die deutsche Wirtschaft anzukurbeln. Über die grundlegenden Ursachen für Arbeitslosigkeit macht sie sich keine Gedanken. Stattdessen wird alles auf die

vermeintliche Faulheit der Arbeitslosen geschoben.

Die AfD hetzt gegen Migrant:innen, LGBTI+ Personen, Jüd:innen, Muslim:innen und nicht zuletzt gegen Arbeitslose, damit wir einander zerfleischen. Sie tritt nicht für „die kleinen Leute“ an, sondern mit dem Ziel, zu verhindern, dass sich eben diese „kleinen Leute“ zusammenschließen und gegen ihre Ausbeutung und Unterdrückung kämpfen.

Und die Ampel-Regierung?

Die Regierung nutzt wiederum die Hetze der AfD, um selbst immer weiter nach rechts zu gehen. Unter dem Vorwand, der AfD die Wähler:innen abgraben zu wollen, setzt die Ampel-Regierung rassistische Abschiebengesetze und andere Angriffe auf die Arbeiter:innenklasse durch.

Die „Reform“ des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS) zum Beispiel ist eine der krassesten Verschärfungen des Asylrechts seit Jahrzehnten. Eine Verschärfung, wie sie auch die AfD schon seit Jahren fordert. Ein anderes Beispiel ist die „Zeitenwende“. Das riesige Aufrüstungs- und Militarisierungsprojekt der Ampel-Regierung gleicht einem Wunschtraum der Faschist:innen, die schon seit 79 Jahren darauf hinfiebern, dass der deutsche Imperialismus auch militärisch wieder zur Großmacht wird.

Was uns diese Entwicklungen zeigen, ist, dass die AfD ihre Aufgabe als faschistische Kraft erfüllt. Schon heute schafft sie es aus der Opposition heraus, den Boden für einen Rechtsruck des bürgerlichen Staats und seiner Vertreter:innen zu bereiten. Die Grenze zwischen den selbsternannten liberalen Parteien und der AfD verschwimmt zusehends. Eine „Brandmauer“ gibt es nicht.

Gleichzeitig inszeniert sie sich als Gegensatz und Alternative zur aktuellen

Regierung und den alteingesessenen Parteien. Dabei ist sie in Wahrheit die Partei, die sich am meisten für die Kapitalist:innen einsetzt und sich nicht im Geringsten um die Interessen der Arbeiter:innenklasse schert.

Wenn die AfD an einer Regierung beteiligt ist oder sogar alleine regiert, erwartet uns kein neues, besseres System. Uns erwartet eine Welt, in der die negativsten Seiten des Kapitalismus bis zum Äußersten verschärft und unsere Freiheiten noch weiter eingeschränkt werden.

Eine echte Alternative zum Kapitalismus, eine echte Opposition, muss revolutionär sein und offen für ein anderes System, den Sozialismus, eintreten. Nur wenn wir die Gesellschaft umstürzen, werden wir aufräumen können mit Krieg, Ausbeutung und Unterdrückung.

Der Gang zur Wahlurne: Pest oder Cholera?

Also: Die AfD ist sicher keine Alternative für uns. Und noch dazu: So etwas wie ein „kleineres Übel“ gibt es im Kapitalismus nicht. Auch wenn wir in den anstehenden Europa- und Kommunalwahlen linke oder sogar sich kommunistisch nennende Parteien wählen, werden wir nicht viel am Kurs der Entwicklungen ändern können.

Sicher gibt es viele gut gemeinte und auch nachvollziehbare Gründe trotzdem wählen zu gehen: Zum Beispiel, mit der eigenen Stimme die relative Anzahl der Stimmen für die AfD im Vergleich zur Anzahl der abgegebenen Stimmen senken. Oder der Traum nach einer linken Mehrheit im EU-Parlament.

Und ja, vielleicht erreicht die AfD dann zwei oder drei Prozent weniger. Vielleicht lässt das nächste rassistische Gesetz dann ein halbes Jahr länger auf sich warten. Aber erreicht

ist damit noch nichts. Wir dürfen uns nicht der Illusion hingeben, dass Wahlen im Kapitalismus tatsächlich grundlegend etwas verändern könnten.

Korruption und Hinterzimmer statt Mitbestimmung

In der Praxis lässt sich das gut an den Wahlen für das Europaparlament der EU sehen. Während alle möglichen bürgerlichen Parteien versuchen, den Mythos der Mitbestimmung auf EU-Ebene aufrechtzuerhalten, trieft es in der EU nur so von Intrigen und Korruption.

Das Zentrum der Macht liegt in der EU nämlich nicht etwa beim Parlament, sondern beim Europäischen Rat, der sich aus den Regierungen der Mitgliedsstaaten zusammensetzt, sowie bei der EU-Kommission. Die Regierungen mauscheln hinter verschlossenen Türen den Vorsitz der Kommission und neue Gesetzesentwürfe in aller Ruhe untereinander aus.

Dem Parlament bleibt nur, über die vorgeschlagenen Gesetze zu beraten und ihnen zuzustimmen oder sie abzulehnen. Nun könnte man meinen: Gut! Das Parlament hat wenigstens die Entscheidungsmacht. Aber auch mit dieser Annahme hat man sich geschnitten. Auch der Rat der EU, der sich ebenfalls aus Vertreter:innen der nationalen Regierungen zusammensetzt, kann vorgeschlagenen Gesetzesentwürfen zustimmen oder sie ablehnen.

Kommunalwahlen

Ähnlich sieht es bei den deutschen Kommunalwahlen aus, die Mitbestimmung an der untersten Ebene versprechen. Wenig überraschend bleibt auch dieses leere Versprechen der Herrschenden nicht viel mehr als das – ein leeres Versprechen.

Wahlversprechen lassen sich auf kommunaler Ebene häufig gar nicht umsetzen. Denn dort sind die Politiker:innen an die generellen politischen Verhältnisse im jeweiligen Bundesland, dem Bund und auf EU-Ebene gebunden, da die meisten Gelder von dort aus verteilt werden und die Kommunen so kaputtgespart sind, dass sie de facto nicht mehr selbstständig handeln können.

Was der AfD und auch der Regierung tatsächlich Druck macht, ist eine klassenkämpferische Arbeiter:innenbewegung, die auf der Straße, in den Betrieben, den Schulen und Universitäten kämpft und für ihre eigenen Interessen eintritt. Eine gute Gelegenheit, um das praktisch zu zeigen, werden die Proteste gegen den Bundesparteitag der AfD in Essen sein.

AfD Parteitag verhindern

28. – 30. Juni 2024 in Essen

Freitag, 19 Uhr: **Rave-Demo & großes Aktionsplenum**
Samstag, 6 Uhr: **Demonstrationen & massenhaftes Widersetzen**
10 Uhr: **Großdemonstration & Markt der Möglichkeiten** 17 Uhr: **Konzert**

Widerstand gegen die Verschärfung des sächsischen Versammlungsgesetzes

Die sächsische Landesregierung will noch 2024 ein neues Versammlungsgesetz verabschieden. Damit setzt die Landesregierung die allgemeine Tendenz zur Grundrechtseinschränkung der letzten Monate fort – ein Kommentar von Ferdinand Griffon vom #NoVersgSAX-Bündnis.

Schon im Dezember 2023 wurde der sächsischen Landesregierung der Referentenentwurf des neuen „SächsVersG“ vorgelegt, pünktlich zur Landtagswahl am 1.9.2024 soll es dann in Kraft treten.

Was sieht das neue Versammlungsgesetz vor?

Schafft man es die Beamtensprache zu verstehen, wird recht schnell klar, was das Ziel des neuen Versammlungsgesetzes sein soll. Keineswegs soll es wie Grüne, SPD und CDU behaupten, den „Schutz“ der Versammlungsfreiheit garantieren. Ganz im Gegenteil: Das Gesetz stellt eine massive Bedrohung für unsere grundlegenden demokratischen Rechte dar und soll vor allem von einer Beteiligung an der politischen Meinungsäußerung abhalten.

Grundlegend ist die Gesetzesnovelle an Schwammigkeit und Ungenauigkeit nicht zu übertreffen. Doch diese wird bewusst genutzt, um eine möglichst breite Anwendung der im Gesetz festgehaltenen Repressionsmöglichkeiten zu erlauben. §4 SächsVersG-E besagt zum Beispiel, dass jede Person, die zu einer Versammlung aufruft – also etwa einen Flyer verteilt oder Veranstaltungsdaten auf Social Media teilt – als Veranstalter:in festgelegt, und somit nach einer eventuellen Eskalation der Versammlung juristisch verfolgt werden kann. Und das unabhängig davon, ob die jeweilige Person Anmelder:in der Veranstaltung oder überhaupt anwe-

send war. Nicht nur wird dies viele davon abschrecken, Aufrufe zu Veranstaltungen zu (ver)teilen, es spielt den polizeilichen Behörden auch perfekt in die Karten. Wird nämlich keine Versammlungsleitung von den Demonstrant:innen benannt werden, wird diese einfach auf die zuständige Behörde übertragen. Diese hat dann natürlich auch das Recht, die Versammlung aufzulösen.

Des Weiteren soll das Störungsverbot in §8 SächsVersG-E das „erhebliche Behindern“ von Versammlungen verbieten. Ob bereits das Lärm machen am Rande einer Demonstration von Faschist:innen darunter fällt, bleibt offen.

Hinzu kommt eine Erweiterung des Uniformierungsverbots (§10). Dieses wird mit einem „Militanzverbot“ und dem Verbot eines einheitlichen Erscheinungsbildes und Verhaltensweisen ergänzt. Black-Blocks wie man sie oft auf antifaschistischen Protesten sieht, weiße Maleranzüge bei Klimaprotesten, Gewerkschaftswesten auf Streikaktionen oder rote Halstücher können alle unter dieses Verbot fallen. Ebenso ist unklar, was mit „einheitlichen Verhaltensweisen“ gemeint ist. Soll also das Laufen in Reihen, das gemeinsame Rufen von Parolen oder das einheitliche Halten von Fahnen bereits Grund sein, um Demonstrationen aufzulösen?

Die massive Ausweitung der Rechte staatlicher Instanzen wie Polizei und Ordnungsbehörde zieht sich durch das ganze Gesetz. Den zuständigen

Behörden wird erlaubt, Personen- und nach eigenem Ermessen auch Ordner:innen festzustellen und nach eigenem Ermessen auch Ordner:innen abzulehnen, präventive Demoverbote gegen Einzelpersonen zu erteilen und selbst Versammlungen wie Vorträge aufzulösen, insofern diese im Auge des Staates als Gefahr eingestuft werden. Was dabei als Gefahr gilt, wird im Gesetz nicht geregelt.

Tendenz zum Abbau demokratischer Rechte

Sachsen ist nicht das erste Bundesland, das sein Versammlungsrecht einschlägig reformieren will. Bereits im Jahr 2022 wurde in Nordrhein-Westfalen ein ähnliches Gesetz verabschiedet. Dort darf die Polizei jetzt zum Beispiel ganze Demonstrationen abfilmen und Teilnehmer:innen auf diesen ohne konkreten Anlass kontrollieren. Auch in Berlin wurde im Jahr 2023 das Polizeigesetz verschärft, welches jetzt Präventivhaft bei Ordnungswidrigkeiten wie Platzverweisen erlaubt.

Doch die Einschränkung von Grundrechten und die Einengung des rechtlichen Rahmens für politischen Protest lässt sich schon länger beobachten.

Bereits während der Blockupy-Proteste 2012 bis 2016, die sich gegen die Sparpolitik der Europäischen Zentralbank richteten, wurde eine Verschärfung des Versammlungsgesetzes gefordert. Der G20-Gipfel 2017 kann ebenfalls als zentrales Ereignis

gesehen werden. Während des Gipfels und der damit einhergehenden Proteste wurden weitreichende Versammlungsverbote ausgesprochen. Eine fehlende dauerhafte Kontrolle über die Aktionen und Aktionsformen des vielfältigen Protests wurde mit massiver Gewalt und Forderungen nach weiteren Einschränkungen des Demonstrationsrechts beantwortet.

Noch etwas aktueller sind wohl die Einschränkungen während der Coronakrise. Ausgangssperren, Kontaktverbote und die Einschränkung der Versammlungsfreiheit. Das sind nur einige Beispiele dafür, wie der Staat ausgetestet hat, wie weit die Einschränkung von Grundrechten hingenommen wird. Aber auch die aktuellen Proteste gegen den israelischen Völkermord in Palästina sind immer wieder Repression ausgesetzt. Erst im April wurde der Palästina-Kongress in Berlin von 2.000 Polizeibeamt:innen gestürmt. Pro-palästinensische Demonstrationen oder Unibesetzungen werden brutal zerschlagen und eine mediale Hetzkampagne gegen diese gefahren.

Von Hetzkampagnen waren nicht zuletzt auch die zahlreichen Streiks im Öffentlichen Nahverkehr (ÖPNV) oder die GDL-Streiks betroffen. Nicht selten wurde von Politiker:innen eine Einschränkung des ohnehin schon engen Streikrechts gefordert.

„Den Angriffen trotzen – Widerstand organisieren!“

„Als #NoVersGSAX ist es unser Ziel breiten Widerstand gegen diesen Angriff auf unsere Rechte durch die Novellierung zu organisieren. Denn wenn wir die gegenwärtigen Krisen in Form von neuen Kriegen, Aufschwung faschistischer Bewegungen, Wirtschaftskrise und Aufrüstungs-offensiven nicht widerstandslos über uns ergehen lassen wollen, bedeutet es für uns unsere Interessen und Protest auf die Straßen zu tragen. Als

verschiedenen Organisationen und Gruppen haben wir uns sachsenweit für den Erhalt der Versammlungsfreiheit zusammengeschlossen.

Lasst uns zusammen die Versammlungsfreiheit verteidigen! Schließt euch der Demo und dem Bündnis an!“

Demo: 22.06. Dresden Hauptbahnhof

Mehr Infos:

noversgsax.noblogs.org

DEMOKRATISCHE GRUNDRECHTE VERTEIDIGEN!



30 Jahre Abschaffung des § 175 StGB LGBTI+ Feindlichkeit und

In diesem Jahr jährt sich die Abschaffung des „Schwulenparagrafen“ §175 StGB zum 30. Mal, unter dem homosexuelle Handlungen zwischen Männern unter Strafe standen. Dieser Meilenstein wurde uns nicht geschenkt, sondern von der Schwulen- und Arbeiter:innenbewegung erkämpft. Warum wir in ihrem Andenken am Stonewall-Jahrestag auf die Straße gehen und den Kampf für die Freiheit aller LGBTI+ Personen weiter führen müssen. - Ein Kommentar von Julia Wolff.

In der Nacht vom 27. auf den 28. Juni kam es 1969 zu Aufständen, an denen LGBTI+ Personen sich in der Stonewall-Bar in New York gegen die Gewalt zur Wehr setzten, die sie regelmäßig durch die Polizei vor Ort erfuhren. LGBTI+ Personen, das sind Lesben, Schwule, Bisexuelle, trans – und intergeschlechtliche Personen.

Der Tag hat eine besondere Bedeutung für Arbeiter:innen und LGBTI+ Personen, denn die Kämpfe gelten als Ausgangspunkt für die heutige LGBTI+ Bewegung und viele erungene Rechte. Sie stellen einen wichtigen Bezugspunkt dar, denn sie richteten sich nicht nur gegen die Polizeigewalt, sondern auch gegen Kapitalismus und Patriarchat. Heutzutage, vor allem im Juni, dem sogenannten „Pride Month“, versuchen Konzerne, Kapitalist:innen und Staaten, diese Kämpfe zu vereinnahmen und sich anzueignen, um sich fortschrittlich zu geben und aus ihnen Profit zu schlagen. Die Vorkämpfer:innen der Stonewall-Aufstände erkannten hingegen, dass es die Befreiung als Arbeiter:innen und LGBTI+ Personen nicht in diesem System geben kann.

Aus diesem Grund gehen noch heute viele Menschen in Deutschland an diesem Tag auf die Straße, um den klassenkämpferischen Ursprung der Aufstände und LGBTI+ Bewegung in den Vordergrund zu stellen und als Klasse gemeinsam gegen die Unterdrückung von LGBTI+ Personen zu kämpfen.

Widerstand gegen §175 StGB

Doch nicht erst seit den Stonewall-Aufständen

gibt es Widerstand von Arbeiter:innen gegen LGBTI+ Feindlichkeit. In Deutschland hat der Kampf schon eine lange Tradition. So wurde schon in den 1920er Jahren gegen den Paragraphen 175 StGB, der Homosexualität kriminalisierte, gekämpft. Der schlussendliche Erfolg dieser Anstrengung ist dabei noch nicht lange her: Erst vor 30 Jahren, am 11.6.1994 wurde er in der BRD endgültig abgeschafft. Über 120 Jahre nach seiner Einführung war diese Beseitigung des Paragraphen etwas, was sich hart erkämpft werden musste.

Der Paragraph 175 wurde bereits mit der Gründung des deutschen Kaiserreiches 1871 eingeführt und stellte Homosexualität zwischen Männern in Deutschland unter Strafe. Die fortschrittlichsten Teile der Arbeiter:innenbewegung begannen einige Jahre später damit, für die Legalisierung von Homosexualität zu kämpfen. Eine vollständige Abschaffung des Paragraphen 175 konnte nicht erzielt werden, doch es gelang der Kommunistischen Partei

Deutschlands, eine Verschärfung der Strafverfolgung zu verhindern.

Als jedoch der Hitler-Faschismus an die Macht kam, kam es zu brutalen Verfolgungswellen gegen schwule Arbeiter. Ab diesem Zeitpunkt reichte schon der Verdacht auf Homosexualität aus, um in ein Gefängnis oder Zuchthaus gesteckt zu werden. Selbst Umarmungen und Küsse wurden mit Gefängnisstrafen beantwortet. Tausende wurden verhaftet, gequält und in Konzentrationslagern ermordet.

Die systematische Verfolgung homosexueller Männer nahm neue Ausmaße an und es wurde extra eine Reichszentrale zur Bekämpfung der Homosexualität gegründet. In den Konzentrationslagern erhielten Homosexuelle eine besondere Kennzeichnung an der Kleidung in Form eines rosa Dreiecks, der sogenannte „rosa Winkel“. Viele schwule Arbeiter wurden auf gerichtliche Anordnung hin kastriert oder überlebten das Konzentrationslager nicht. Darüber hinaus wurden so-

genannte „rosa Listen“ angefertigt, mit denen Daten Homosexueller gesammelt wurden, um eine leichtere Verfolgung zu ermöglichen.

Mit der Befreiung vom Faschismus trat jedoch kein Ende der erhofften Verfolgung ein, ganz im Gegenteil: In der Bundesrepublik übernahm man den Paragraph 175 in der Fassung der Nazis und schloss sich auch deren Rechtsprechung an. Die rosa Listen wurden in der BRD noch bis in die 80er Jahre weiter geführt. Etwas anders sah es in der DDR aus, wo man zunächst die Fassung aus der Weimarer Republik übernahm, später den Paragraphen aber ganz abschaffte. Mit der Annexion der DDR wurden diese Rechte wiederum zunichte gemacht. Erst 1994 kam es dann auch in ganz Deutschlands zur ersatzlosen Streichung des Paragraphen.

Kampf dem Faschismus – Gestern wie Heute

Wenn uns die Geschichte des Paragraphen 175 eines zeigt, dann dass Freiräume uns nicht geschenkt werden - und dass sie uns auch wieder genommen werden können.

Die Unterdrückung von LGBTI+ Personen begann nicht mit dem Hitler-Faschismus, doch sie verschärfte sich in dieser Zeit massiv. Die Nazis sahen in Schwulen und trans Personen vor allem eine Bedrohung für die Familien- und Geschlechterverhältnisse, die ihre Macht stützen sollten. Heute



175 StGB: Der Kampf gegen Faschismus geht weiter!

führen Faschist:innen diese Ideologie weiter, wobei sie sich gleichzeitig einer größeren gesellschaftlichen Akzeptanz angepasst haben. So schreibt die AfD in ihrem Parteiprogramm von der „traditionellen Familie als Leitbild“, lässt aber offen, ob eine gleichgeschlechtliche Partnerschaft mit Kindern für sie als Familie gilt. Gleichzeitig gibt es mit Alice Weidel eine lesbische Frau an der Spitze der Partei, die mit einer Frau und Kindern zusammenlebt. Sie grenzt sich dabei sehr scharf von „Queers“ ab, womit sie LGBTI+ Personen und insbesondere trans Personen meint, da sie nicht dem „Leitbild“ der traditionellen Familie entsprechen.

So sind es heute im allgemeinen trans Personen, deren Leben Faschist:innen angreifen und die sie als Bedrohung für ihre Ordnung sehen. Er kämpfte Rechte wollen sie rückgängig machen, wie das „Selbstbestimmungsgesetz“, welches amtliche Namens- und Geschlechtsänderungen vereinfachen soll. Hierbei steht die vermeintliche „Zerstörung von Kindern- und Elternrechten“ im Vordergrund ihrer Argumentation. Schlussendlich geht es ihnen jedoch darum, besonders rückschrittliche Familienstrukturen zu konservieren.

Doch auch von bürgerlich-demokra-

tischen Politiker:innen können wir keine Unterstützung erwarten. Das Selbstbestimmungsgesetz stellt zwar eine Verbesserung gegenüber dem alten „Transsexuellengesetz“ dar, doch wirkliche Freiheit bedeutet es noch lange nicht. Dazu kommt, dass es selbst in seiner eigenen Form begrenzt wird: So wird laut einer Sonderregelung zum Beispiel die Änderung des Geschlechtseintrags von männlich zu weiblich oder divers ungültig, sobald Deutschland Krieg führt und der „Verteidigungsfall“ ausgerufen wird. So lange es keinen automatischen Einzug aller Geschlechter als Kanonenfutter für den deutschen Imperialismus gibt, soll sich kein bei der Geburt als männlich angenommener Mensch dieser Aufgabe entziehen können. Außerdem werden von allen Menschen, die eine Änderung vornehmen, die Daten an Behörden wie die Polizei, das Bundeskriminalamt oder den Verfassungsschutz übermittelt. Mit Freiheit dank Selbstbestimmung hat das nichts zu tun.

Neben dem parlamentarischen Aufstieg der faschistischen Parteien erstarken Massenproteste von Faschist:innen und Fundamentalist:innen auf der Straße wie der sogenannte „Marsch für das Leben“. Diese Proteste inszenieren sich als Lebens-

retter:innen von Menschen mit Behinderung und zu Beschützer:innen von ungeborenem Leben. Dahinter stehen jedoch reaktionäre Inhalte, die Frauen und trans Personen das Recht auf körperliche Selbstbestimmung nehmen wollen.

Als Arbeiter:innenklasse gemeinsam kämpfen

Es ist kein Zufall, dass die Unterdrückung von LGBTI+ Personen sich in krisenhaften Zeiten verschärft und trans Personen im Fokus der Faschist:innen stehen. Überall auf der Welt spitzen sich zwischenimperialistische Konflikte zu, es herrschen Kriege und Wirtschaftskrisen.

Die Folgen davon werden auf den Rücken der Arbeiter:innen abgeladen. So wirkt sich auch die Unterdrückung von LGBTI+ Personen überwiegend auf Arbeiter:innen aus. Für Kapitalist:innen gelten aufgrund ihrer Macht zwar nicht juristisch, aber praktisch andere Rechte. Zudem sind Kapitalist:innen und Faschist:innen interessiert an der Aufrechterhaltung des Systems, welches die Unterdrückung von LGBTI+ Personen hervorbringt. Es kann also keinen klassenübergreifenden Kampf für LGBTI+ Rechte geben. Wir können auf keine

Vertreter:innen des deutschen Imperialismus bauen.

Gleichzeitig versucht die herrschende Klasse mit aller Kraft die Arbeiter:innenklasse zu spalten, wenn es sein muss mit Gewalt und faschistischer Ideologie. Mit dem Erstarken faschistischer Kräfte und reaktionärer Weltbilder nimmt auch Gewalt gegen LGBTI+ Personen und insbesondere gegen trans Personen zu. Gerade in diesen Zeiten soll Gewalt als Mittel dafür sorgen, dass viele Teile der Arbeiter:innenklasse davon abgehalten werden, Widerstand zu leisten. Dabei brauchen wir alle unsere Klassengeschwister, wollen wir uns gegen das kapitalistische System zur Wehr setzen.

Denn wir Arbeiter:innen sind es, die in organisierter Form den Faschismus, patriarchale Unterdrückung, darunter Homo- und Transfeindlichkeit zurückschlagen können. Ob die Kämpfe in den 1920er Jahren oder die Stonewall-Aufstände: Wenn wir als Arbeiter:innen uns zusammenschließen, dann können wir Angriffe auf körperliche, geschlechtliche und sexuelle Selbstbestimmung zurückschlagen.

LGBTI+ Rechte verteidigen, unsere Freiheit erkämpfen!

Aus der Erklärung der Föderation Klassenkämpferischer Organisationen (FKO) zum Stonewall Jahrestag am 28.06.:

Vor 30 Jahren wurde im Kampf für LGBTI+ Rechte ein bedeutender Meilenstein erreicht: Der berüchtigte Paragraph 175 des Strafgesetzbuches, der Homosexualität kriminalisierte, wurde abgeschafft. [...]

Es war die Arbeiter:innenbewegung, die schon in den 1920er Jahren für die Legalisierung von Homosexualität kämpfte. [...]

Als jedoch der Faschismus an die Macht kam, wurde die Jagd auf schwule Arbeiter massiv verschärft. [...]

Ab 1934 wurden Tausende verhaftet, gequält und in Konzentrationslagern ermordet. Mit der Befreiung vom Fa-

schismus war jedoch kein Ende der Verfolgung in Sicht: [...]

Wenn wir kämpfen können wir gewinnen

An dieser Entwicklung können wir erkennen, wie sehr unsere Rechte als Arbeiter:innen von unserem Kampf um sie abhängen. Sehen wir uns heute mit einer erneuten bedrohlichen Verschärfung der Homo- und Transfeindlichkeit konfrontiert, können wir uns nicht auf vermeintlichen Errungenschaften ausruhen. Diskriminierung und Hassverbrechen nehmen immer weiter zu, faschistische Parteien wie die AfD schreien nach einem „traditionellen Familienbild“ und einem Deutschland, in dem LGBTI+ Personen nichts zu suchen haben. Heute sind es vor allem trans Personen, deren Leben sie angreifen

und die sie als Bedrohung für ihre Ordnung sehen. [...]

Alle zusammen - gegen das Kapital und Unterdrückung

Als Arbeiter:innen müssen wir deshalb in diesen Zeiten an vorderster Stelle stehen, LGBTI+ Rechte zu verteidigen. Wir dürfen nicht zulassen, dass die Errungenschaften der Vergangenheit zunichte gemacht werden. Gleichzeitig können wir uns mit den heutigen Verhältnissen nicht zufrieden geben. So lange wir in einer Welt leben, die sich nach den Profitinteressen und der Macht weniger Kapitalist:innen dreht, gibt es keine Freiheit für LGBTI+ Arbeiter:innen. Der Kapitalismus wird uns immer bekämpfen und unsere Rechte wieder wegnehmen, wenn

sie ihm gerade nicht mehr passen. Eine wirkliche Befreiung von LGBTI+ Arbeiter:innen kann es nur im Sozialismus geben, in einer Gesellschaft, in der Menschen ihr Geschlecht und ihre sexuelle Orientierung frei von den Zwängen der kapitalistischen Ordnung entfalten können. Dafür gehen wir im Juni auf die Straße, der durch die Revolte von LGBTI+ Personen 1969 in den USA zu einem besonderen Monat für die LGBTI+ Bewegung geworden ist. In der Nacht vom 27. auf den 28. wehrten sich LGBTI+ Personen gegen Angriffe der Polizei in der New Yorker Bar „Stonewall Inn“. In Gedenken an ihren Widerstand gehen wir am 27. Juni auf die Straße. Rechte verteidigen! Freiheit erkämpfen!

Deutsches Modell der Massenentlassung: Schleichender Stellenabbau

Deutsche Unternehmen bauen tausende Arbeitsplätze ab. Die Reaktionen darauf fallen betont ruhig aus. Das liegt auch an den konkreten Bedingungen in Deutschland. - Ein Kommentar von Mario Zimmermann.

Im Tesla-Werk in Grünheide dürfte sich Ernüchterung breitmachen: Statt der geplanten Werkserweiterung und Neueinstellungen stehen zunächst der Abbau von 700 Arbeitsplätzen auf der Tagesordnung, 300 davon Leiharbeiter:innen. Der sinkende Absatz im Vergleich zum Vorjahr und das Erstarken der chinesischen Konkurrenz machen dem Unternehmen zu schaffen. Doch damit steht es nicht alleine.

Ob internationale Monopole oder eine Reihe mittelständischer Zulieferer-Unternehmen: In der Autoindustrie, wie auch in anderen Branchen, kommt es gerade zur massenhaften Streichung von Arbeitsplätzen und Standortschließungen beziehungsweise deren Ankündigung. Dabei spielt eine wichtige Rolle, dass viele in Deutschland gefertigte Autoteile wie Getriebe beim Umstieg auf Elektroautos entfallen. Schätzungen zufolge könnte bis 2030 jeder vierte der aktuell 270.000 Arbeitsplätze bei den Auto-Zulieferern wegfallen.

Dazu zählt auch die ZF Group. Der Vorstand von ZF hat informiert, dass ein Abbau von 12.000 der 50.000 Arbeitsplätze in Deutschland möglich ist. Allein 10.000 könnten schon bis 2028 gestrichen werden. Bereits im Dezember wurde angekündigt, das Werk in Gelsenkirchen mit 190 Arbeiter:innen bis Ende 2024 zu schließen. Ende 2025 schließt zudem der Standort im nordrhein-westfälischen Eitorf, in dem 690 Arbeiter:innen beschäftigt sind.

Die Programme für den Stellenabbau ziehen sich in vielen Fällen tröpfchenweise über Jahre. Das geschieht auch, um den Widerstand gegen die Maßnahmen gering zu halten. So gehen Arbeiter:innen in den Ruhestand, neue werden nicht eingestellt, andere hoffen noch möglichst lange ihren Job zu behalten.

Probleme kommen selten allein

Auch in der Baubranche kommt es zu Krisenerscheinungen. Immer mehr Aufträge werden storniert und Kapazitäten liegen brach. Trotz anhaltenden Wohnraummangels in den Großstädten kommt es zu einem Rückgang der Bautätigkeit. Steigende Kosten für Material und Personal, sowie ein hoher Zins, der Baukredite teuer macht, befeuern die Krise.

Eine Überproduktion im Bereich Bürogebäude wurde durch das Umschwenken vieler Unternehmen auf Home-Office verstärkt. Das Zusammentreffen dieser Faktoren führt dazu, dass bis zu 10.000 Arbeitsplätze im Baugewerbe in nächster Zeit abgebaut werden. Die Krise wird einen Einschnitt für viele Arbeiter:innen bedeuten. Betriebsräte, Tarifverträge und Sozialpartnerschaft haben sich in der Baubranche kaum durchgesetzt. Es winken also keine Abfindungen oder ähnliche Trostpflaster für den Jobverlust.

Auch in der schnelllebigen Plattformökonomie, genauer im Bereich der Lieferdienste kommt es im hart umkämpften Markt zu Umbrüchen unter denen wie gewohnt die Arbeiter:innen leiden. Der Lieferdienst-Startup Getir mit Hauptsitz in Istanbul zum Beispiel zieht sich komplett aus Deutschland zurück. Betroffen sind 1400 Arbeiter:innen. Ein weiterer Stern fällt vom Start-up-Himmel.

Was steht dahinter?

Im Kapitalismus kommt es regelmäßig zu Überproduktionskrisen. Nach einer Ausweitung der Produktion in Zeiten des wirtschaftlichen Aufschwungs, in der Hoffnung die Konkurrenz vom Markt zu drängen, kommt es zur Überproduktion und einem Abfall der Nachfrage. Die Monopole müssen Waren un-

ter Wert verkaufen, vernichten und die Produktion herunterfahren. Die letzte Krise dieser Art ereignete sich 2019/2020 in Deutschland und gerade befinden wir uns mitten in der nächsten. Die übliche Erholung nach der Krise blieb dazwischen aufgrund von Lieferketten-Unterbrechungen, explodierender Energiepreise und einer sinkenden Umfrage weltweit weitgehend aus.

Es ist wichtig zu beachten, das in einer der weltgrößten Volkswirtschaften wie Deutschland, das über eine Vielzahl von großen Monopolen verfügt, wesentliche Krisenerscheinungen vom Staat abgemildert werden können und über staatliche Investitionsprogramme und Steuergeschenke die Wirtschaft wieder angekurbelt werden kann. Für diese Geschenke müssen die Arbeiter:innen aufkommen, dadurch dass sie die Steuerlast und Wucherpreise tragen müssen, sowie auch Reallohnverluste im Zuge der Inflation erleiden.

Die Schwere der Wirtschaftskrise und die ausbleibende Erholung machen Maßnahmen jenseits von Kurzarbeit nötig. So stellen manche Unternehmen teilweise ihre Produktion um, damit sie die veränderte Nachfrage größerer Industriemonopole bedienen können, andere wie z.B. Miele verlagern weitere Teile ihrer Produktion nach Polen, aufgrund der geringeren Lohnkosten dort. Das geht zu Lasten von 700 Arbeiter:innen die ihren sicher geglaubten Job verlieren. Auch der Umbau der Produktion auf erneuerbare Energieträger fordert weiterhin viele Monopole, welche an anderer Stelle ihre Produktion zusammenstreichen.

Bei diesen Einschnitten ist eine Besonderheit in Deutschland, das sich in der Industrie, die im festen Griff der Sozialpartnerschaft von DGB-Gewerkschaften, Unternehmensvorständen und Staat befindet, sozialer Frieden erkaufte werden kann. Mit

Rekord-Abfindungen, Anreizen zum Arbeitsplatzwechsel, sowie Altersteilzeit lassen sich Massenkündigungen über Jahre vergleichsweise geräusch- und kampfflos strecken. Einer Kooperation mit den Arbeitsämtern zum Dank wird für die jüngeren Beschäftigten ein neuer, wenn auch schlechter bezahlter Arbeitsplatz gefunden. In einigen Branchen werden die Auswirkungen von Entlassungsprogrammen auf die Beschäftigten zudem durch einen weiterhin starken Arbeitskräftemangel abgemildert, das heißt Arbeiter:innen finden dort verhältnismäßig schnell neue Jobs.

Jenseits von Standortlogik und Ellenbogen

Mit Blick auf die aktuelle Krise, aber auch Krisen der Vergangenheit wird klar, dass Arbeitsplätze im Kapitalismus nie sicher sind und wir Arbeiter:innen permanent von Kündigungen, Ausgliederungen ganzer Abteilungen und systematischer Absenkung unseres Lebensstandards bedroht sind. Bei einem konsequenten Kampf für den Erhalt der Arbeitsplätze ist im Fall der DGB-Gewerkschaften kaum Verlass. Die enge Zusammenarbeit mit den Unternehmensvorständen in der geräuschlosen Abwicklung ganzer Standorte beweist das immer wieder. Nur vereinzelt wird der Kampf aufgenommen.

Einen konsequenten Kampf gegen die Übel, die Kapital und Sozialpartnerschaft für uns Arbeiter:innen bereithalten, können wir nur entwickeln, wenn wir uns klassenkämpferisch organisieren. Das heißt klar Partei zu ergreifen – Für uns selbst, unsere Kolleg:innen, für die Leihbelegschaft, für alle Arbeiter:innen, in Polen, China und überall auf der Welt. Lassen wir uns nicht spalten und durch Standortpatriotismus gegeneinander ausspielen.



Internationale Protestcamps gegen den Krieg in Palästina

Eine neue Welle von Studierendenprotesten in Solidarität mit dem palästinensischen Befreiungskampf rollt durch deutsche Universitäten. Rektor:innen und Polizist:innen zerschlagen die errichteten Protestcamps zwar oft schnell. Tausende Studierende und Lehrende beweisen aber seit einigen Wochen, dass sie bereit sind, für ihre Forderungen viel in die Waagschale zu werfen. - Ein Kommentar von Mohannad Lamees

Zahllose Zelte auf den Grünflächen der Universitäten, aufgehängene Transparente, die die Losungen der Proteste zeigen und immer wieder um sich schlagende Polizist:innen, die Zelte zerstören, Transparente herunterreißen und Aktivist:innen aus den Camps schleppen – seit April regt sich in Städten auf der ganzen Welt die „student intifada“. Weil die Angriffe der israelischen Armee gegen palästinensische Zivilist:innen in Gaza und Rafah weiterhin von vielen Staaten wie den USA und Deutschland unterstützt werden, wenden sich immer mehr Studierende, solidarische Professor:innen und Arbeiter:innen an den Universitäten mit ihren Campus-Besetzungen gegen Regierungen, Uni-Leitungen und Kriegstreiber:innen.

Besonders ist, dass die Dynamik nicht wie bei vielen anderen Protesten auf einen Ort beschränkt geblieben ist, sondern recht schnell einen globalen Charakter erreicht hat. Denn über soziale Medien wie TikTok verbreiteten sich Kurzvideos und Live-Streams aus den ersten Protestcamps in den USA, allen voran aus dem Camp in der Columbia University in New York, schnell weiter und animierten Studierende in anderen Ländern, eigene Uni-Besetzungen zu starten.

International: Repression führt zu Radikalisierung

Dass die Welle der Proteste ausgerechnet in den USA ihren Ursprung fand, ist kein Zufall. Tatsächlich ist die palästinasolidarische Bewegung in den USA, immerhin nach wie vor der Hauptunterstützer Israels und seiner zionistischen Kolonialpolitik, traditionell stark ausgeprägt.

Um die Proteste zu unterbinden und eine Welle von Uni-Besetzungen gar nicht erst entstehen zu lassen, reagierten die Behörden in den USA, aber auch Großbritannien, den Niederlanden und Deutschland in den meisten Fällen mit offener Gewalt: Camps wurden geräumt und massenhaft Studierende festgenommen. Vielerorts ließen sich die Studierenden aber auch durch Räumungen und Verhaftungen nicht davon abbringen,

weiter zu demonstrieren. Indem Aktivist:innen ganze Gebäude besetzten, Barrikaden bauten und sich teilweise gegen die angreifenden Polizist:innen zur Wehr setzten, konnten einige Camps zumindest zeitweise gegen die Repression gehalten werden. Vielerorts solidarisierten sich Angestellte der Universitäten und Professor:innen mit den Studierenden.

Auch in Deutschland wächst die Solidarität mit Palästina

Auch in Deutschland reiht sich die Polizeigewalt gegen die Palästina-Camps, zum Beispiel an der Freien Universität Berlin oder in Leipzig, in eine vor allem seit dem letzten Herbst immer weiter anwachsende Liste von Repressionsschlägen gegen die palästinasolidarische Bewegung insgesamt ein. Allein in den letzten sechs Monaten wurden die Organisationen Samidoun und Palästina Solidarität Duisburg verboten und es erfolgten Hausdurchsuchungen bei der Frauenorganisation Zora. Demonstrationen wurden teilweise über mehrere Wochen komplett verboten, der DGB setzte auf seinen Märschen zum 1. Mai gemeinsam mit der Polizei ein Verbot von Bekundungen in Solidarität mit Palästina durch. Auch wenn die Bereitschaft, die Camps gegen die Angriffe der Polizei zu verteidigen, in Deutschland noch weitaus geringer ist als zum Beispiel in den USA,

so zeigt sich doch auch hierzulande, dass die Studierenden dieser Repression trotzen und nicht länger bereit sind, die von den Herrschenden diktierte Unterstützung der israelischen Politik stillschweigend hinzunehmen.

Palästinasolidarische Studierende und Lehrende waren in den letzten Jahren immer wieder Verleumdungen und Angriffen ausgesetzt, wurden teilweise sogar aus dem akademischen Betrieb herausgedrängt. Mit der derzeitigen Protestwelle erreichte die Solidarität mit Palästina an den Campussen nun aber trotzdem eine neue Qualität, die auch den Rektor:innen und Politiker:innen nicht verborgen geblieben ist. In Reaktion auf ein von mehreren hundert Berliner Hochschullehrer:innen unterzeichnetes Unterstützungsschreiben für die palästinasolidarischen Studierenden während der Räumung des Camps an der Freien Universität Berlin durch die Polizei zeigten sich Bildungsministerin Bettina Stark-Watzinger, der Berliner Bürgermeister Kai Wegner und Universitätspräsident Günter Ziegler allesamt bestürzt über den angeblich „grasierenden Antisemitismus“ unter Studierenden und Angestellten.

Studierende fordern Ende der Unterstützung Israels

Mit der inhaltlich oft unbegründeten Gleichsetzung von Palästinasolidarität und Antisemitismus, Ha-

mas-Unterstützung und Islamismus versuchen Politiker:innen, Staatsschutz und Medien immer wieder, Aktivist:innen zu diskreditieren und die eigenen harten Maßnahmen, wie zum Beispiel Polizeigewalt gegen Protestierende zu rechtfertigen. Doch Regierung und Repressionsapparat geht es nicht um die konsequente Bekämpfung von Antisemitismus oder den Schutz jüdischen Lebens – schließlich werden auch antizionistische Jüd:innen selbst immer wieder Opfer von Polizeigewalt, wenn sie an Palästina-Demonstrationen oder Besetzungen teilnehmen. Vielmehr haben die Maßnahmen des Staates zum Ziel, jegliche Solidarität mit antiimperialistischen Kämpfen zu unterbinden und den politischen Kern der Proteste zu verdecken.

Aus den Camps richten sich immerhin nicht nur Solidaritätsbekundungen an das palästinensische Volk, sondern immer wieder auch konkrete Forderungen an deutsche Behörden und die eigenen Rektor:innen. Neben einem Ende des Genozids forderten Studierendenzusammenschlüsse zum Beispiel die Offenlegung der Beziehung der Universitäten zu Unternehmen, die den israelischen Krieg gegen das palästinensische Volk unterstützen sowie die sofortige Aufkündigung aller dieser Verbindungen. Auch die Forderung nach der Erhaltung der Zivilklausel, also der freiwilligen Selbstverpflichtung einiger Universitäten, keine Forschung im Auftrag des Militärs durchzuführen, wurde vermehrt laut.

Letztendlich sind die Proteste an den deutschen Universitäten somit auch ein weiteres Glied in der Kette von Bewegungen und Kämpfen, die sich in den letzten Monaten in Deutschland formiert haben und zum Teil massenhaft die Politik der Herrschenden in Frage stellen. Gemeinsam haben die palästinasolidarischen Camps, die Proteste gegen die AfD, die Proteste von Landarbeiter:innen und Bäuer:innen und die zahlreichen Streiks für höhere Löhne vor allem, dass sie sich auf verschiedene Arten und Weisen gegen Symptome des kapitalistischen Weltsystems richten.



Fußball EM 2024: Ein Fest des Kommerzes und der Überwachung

Am 14.06.2024 rollt das erste Mal der Ball bei der Fußball-Europameisterschaft 2024 in Deutschland. Wenn die DFB-Auswahl beim Eröffnungsspiel in München gegen Schottland antreten wird, sollen für einen Monat alle Krisen und Sorgen in Vergessenheit geraten. - Ein Kommentar von Vinzent Kassel.

Das Leid der Menschen in Gaza und der Ukraine, der schleichende Rechtsruck in der deutschen Gesellschaft oder die Pannepolitik der Ampelregierung. Vier Wochen lang werden diese wichtigen Problemfelder maximal die hinteren Seiten der Zeitungen füllen. Immerhin findet die Europawahl bereits acht Tage vor der Eröffnung statt, sonst würden viele wohl eher Deutschland gegen Schottland, anstelle irgendeiner Partei, wählen. Die Gesellschaft wird beweihräuchert durch das Fernseh-spektakel, während im Hintergrund hauptsächlich eines zählt: Der Profit!

Steuerfreiheit und Knebelverträge der UEFA

Die Ausrichtung der EM ist mittlerweile ein derartiges Politikum, dass die austragenden Staaten sich von der UEFA auspressen lassen, um eine reelle Chance auf eine erfolgreiche Bewerbung zu haben. Da wäre zum Beispiel die Steuerfreiheit, welche die UEFA vom deutschen Staat einforderte. Als ausländische Organisation müsste die UEFA eigentlich 15 Prozent ihrer massiven Einnahmen (geschätzte 1,7 Milliarden Euro) aus Sponsorenverträgen und Medienrechten an den deutschen Staat abtreten. Die UEFA besteht hierbei allerdings auf eine Ausnahmegenehmigung. Dagegen vorzugehen ist möglich, allerdings wäre es dann unmöglich Ausrichter der EM zu werden.

Durch eine lange Anforderungsliste an die Austragungsorte entgehen

dem Ausrichtungsland nicht nur die Steuereinnahmen, sondern sie müssen auch für das finanzielle Risiko geradestehen. So beteiligt sich die UEFA nicht an eventuellen Umbauarbeiten für die Infrastruktur oder Stadien. Von den Austragungsstädten wird außerdem verlangt, eine „Fanzone“ auf eigene Kosten zu errichten. Hinzu kommt, dass zum Zeitpunkt der Bewerbung nicht einmal alle Forderungen bekannt waren, so dass die „Host cities“ ins Blaue kalkulieren mussten. Es wird erwartet, dass die EM uns Steuerzahler:innen rund 650 Millionen Euro kosten wird.

Viel Fußball und noch mehr Kommerz

Trotz der 51 Spiele ist die EM schon lange kein reines Sportevent mehr. Die EM füllt die Kassen der UEFA und ist Balsam auf der Seele von Sicherheitsfanatikern. Für echte Fankultur ist bei der EM wenig Platz. Abstruse Überwachung und wenig Chancen auf die verlostten bezahlbaren Tickets lassen keine Stimmung aufkommen. Auch hier ist der Markt wieder auf die Reichen ausgelegt, welche sich in den Limousinen vorbei an den Sicherheitskontrollen fahren lassen und für tausende Euros Logenplätze in Anspruch nehmen können.

Ein großer Teil ihrer Einnahmen wird die UEFA durch Sponsorengelder generieren. Diese Geldgeber werden während der EM omnipräsent in den Austragungsorten, als auch bei den Fernsehübertragungen sein. Interessanterweise sind viele außereuropäische Unternehmen Teil der Sponsorenliste. So wird für den despotischen Staat Katar genauso Werbung gemacht, wie für die chinesischen Firmen Alipay, AliExpress und die hierzulande noch unbekannt Autofirma BYD. Gerade letzteres überrascht. Offenbar waren die Sponsorendeals für die deutschen Automobilbauer dermaßen unrentabel, dass das Feld BYD überlassen wurde.

Grundrechte werden temporär ausgesetzt

Doch nicht nur wirtschaftlich möchte die UEFA Einfluss nehmen. So forderte sie für den Zeitraum der EM Demoverbote im Umfeld der Stadien, worauf der Überwachungsstaat direkt mit einstimmt und zusätzlich noch Schnellverfahren und Grenzkontrollen auf die Liste der Eingriffe in die Grundrechte setzte. Der einzige, der sich hierbei freut, ist die Polizei. Diese nimmt die EM zum Anlass, die Repressionen gegen die hiesigen Fußballszene hochzufahren und benutzt das Turnier als Spielwiese für ihre Überwachungsmöglichkeiten. Drohnenabwehrsysteme, KI-gesteuerte Überwachung von Massenbewegungen oder Staatstrojaner sind nur einige Beispiele des zukünftigen Sicherheitsapparats.



PERSPEKTIVE » ONLINE

Unabhängiger Journalismus von unten: Mehrfach täglich objektive Nachrichten und revolutionäre Kommentare.

<https://perspektive-online.net>

fb.com/PerspektiveOn
x.com/perspektiveon
instagr.am/perspektiveonline
t.me/perspektiveon
mastodon.social/@perspektiveon

V.i.S.d.P.:
Verein für politische Bildung und unabhängigen Journalismus e.V.
Homarstraße 64
51107 Köln

PERSPEKTIVE » MOBIL

Für tägliche Nachrichten direkt auf dein Handy:

Kanalname bei **WhatsApp:**
Perspektive Online Newsletter

Unserem WhatsApp Kanal beitreten:
<https://whatsapp.com/channel/0029VaASVPM2P59uL22LIK2N>

Kanalname bei **Telegram:**
Perspektive Online

Unserem Telegram Kanal beitreten:
<https://t.me/perspektiveon>

PERSPEKTIVE » APP

Perspektive jederzeit griffbereit auf deinem Handy-Desktop und mit Pushnachrichten:

Einfach die **Perspektive-App** über den Playstore downloaden oder die APK direkt von unserer Homepage herunterladen und installieren:

<https://perspektive-online.net/app>



MITMACHEN & UNTERSTÜTZEN

Um unser Projekt dauerhaft realisieren zu können, sind wir auf die Unterstützung Vieler angewiesen.:

- **Abonniere** die Printausgabe von „Perspektive“:
<https://perspektive-online.net/abo>
- **Werde Mitglied** im „Verein für politische Bildung und unabhängigen Journalismus e.V.“:
<https://perspektive-online.net/verein>
- **Unterstütze uns** mit einer Spende:
<https://perspektive-online.net/spenden>